

Nicht länger ehrenwert

Zu: „Wirbel um Attacke auf die Grünen“, FR-Politik vom 15. Juni

Wo kann ich meine Wut loswerden? Solange ich wählen kann, habe ich SPD gewählt – mit kleinen Abstechern zur FDP (als sie noch eine Partei war) oder auch zu den Grünen! Herrn Schäfer-Gümbel habe ich bisher für einen ehrenwerten Mann gehalten, Aber die Grünen im selben Atemzug mit der AfD zu nennen, damit hat er sich selbst disqualifiziert!

Es ist völlig unnötig, sich mit solchen Äußerungen hervorzu-tun: Die Prüfsteine für die „Grünen“ liegen doch schon bereit. Und wer mit einem Finger auf andere zeigt, verweist mit den verbliebenen vier Fingern auf sich selbst.

Si tacuisses, philosophus mansisses. Mit solchen Parteivorsitzenden braucht die SPD keine Totengräber mehr!“

Rotraut Lommel, Frankfurt

Ein langjährig ergebener Parteisoldat

Kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Politbetrieb entdeckt der ewige Verlierer Thorsten Schäfer-Gümbel doch noch mal sein Kämpferherz und geht diejenigen an, die seine Partei inzwischen haushoch überflügeln.

Warum zeigt er diese Attitüde erst jetzt? Liegt es vielleicht daran, dass er die Verantwortung für politisches Tun und Lassen hinter sich weiß? Aber als langjährig ergebener Parteisoldat kommt er auch jetzt aus seiner Rolle nicht heraus und geht lieber den politischen Gegner an, als die Vorzüge des eigenen Lades herauszustellen. Auch das ist wieder nur eine vertane Chance. Nikolaus Jöckel, Offenbach

Richtig punkten

Zu: „Meine Hoffnung heißt Rezo“, FR-Feuilleton vom 8. Juni

Leserbriefe schreibe ich höchst selten. Es gibt genug zu tun. Auf einen Artikel möchte ich eine eigene Anmerkung machen: Frau Dr. Merkel zitieren Sie mit Ihrem Ausspruch „Wir schaffen das“!! Hierzu hatte ich mir seinerzeit hämisch notiert: Frau Merkel fand den Satz von Obama so gut: „Yes we can“! Sie schrieb sich diese knappe, um die Welt gegangene Aussage auf, heftete diesen an ihren morgentlichen Schminkspiegel, in der Hoffnung, es käme mal eine Gelegenheit, wo sie auch mit so einen Satz richtig punkten kann. Dann kam der Moment und sie sprach den Satz so in den Raum, die Wirkung ist bekannt!

Dass es noch immer nicht geschafft ist, ändert nichts daran, dass die Geschichtsbücher diesen Spruch zitieren werden! So ging es auch mit Dr. Kohl und den „Blühenden Landschaften“! Udo Ladewig, Berlin



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg moderiert beim Symposium der Evangelischen Akademie zu Berlin zum Thema „Menschenrechte sind unteilbar – Flüchtlingschutz in Deutschland und Europa“ unter anderem eine Diskussion mit dem Präsidenten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Hans-Eckhard Sommer.
24./25. Juni, jeweils ab 9 Uhr
Französische Friedrichstadtkirche, Gendarmenmarkt 5, Berlin

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht. Anschließend Diskussion.
24. Juni, 18.30 Uhr
Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Nukleare (UN-)Ordnung – Ist Europa machtlos?“ mit Christopher Daase von der Hessischen Stiftung und Konfliktforschung (HSFK), dem Friedensaktivist und Linken-Politiker Willi van Oyen und Heidi Kassai von der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN Deutschland).
26. Juni, 19 Uhr
Haus am Dom, Domstraße 3, Frankfurt.

Lutz „Bronski Büge“ stellt seinen neuen Roman „Incubus – Virenkrieg III“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant. Eintritt frei, Eine Veranstaltung von Pro Lesen e.V.
19. September, 19.00 Uhr
Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt

Unglaublicher Verteidiger der Armen

Grundrente: „Ich will keinen faulen Kompromiss“, FR-Politik vom 15. Juni

Im Januar 2005 lobt sich Schröder auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos selbst dafür, den Arbeitsmarkt liberalisiert und damit einen der besten Niedriglohnsektoren in Europa aufgebaut zu haben.

Der Niedriglohn-Sektor in Deutschland veränderte die Lohnstruktur enorm. 1996 betrug der Niedriglohn-Anteil in Deutschland 16,4 Prozent. Heute sind schon fast 25 Prozent der Beschäftigten Geringverdiener. Dass diese Arbeitnehmer auch eine geringe Rente erhalten werden, hätte man sich denken können.

Herr Heil wurde 2005 zum Generalsekretär der SPD gewählt und im Oktober 2007 wieder gewählt. In dieser Position ist er mitverantwortlich für die Altersarmut. Wann immer die SPD sich mit dem Thema Rente beschäftigt, geht es vielen Menschen an den Kragen. 2001 beschloss die rot-grüne Koalition die Rentenkürzung. Da von dieser Rente nun viele nicht

mehr leben konnten, empfahl die SPD, eine private Rentenversicherung abzuschließen. 2004 setzte Ulla Schmidt durch, dass die Menschen, die eine private Rentenversicherung abgeschlossen hatten, zukünftig den vollen Krankenkassenbeitrag darauf erichten müssen. Natürlich gab es keinen Vertrauensschutz. Wäre das vorher bekannt gewesen, hätten sonst wohl viele eher in Fonds investiert.

2014 führte Nahles die Mütterrente ein. Dazu griff sie in die Rentenversicherungskasse. Vermutlich ist ihr die Definition Versicherung unbekannt. So bekommen alle Mütter (Beamtennen ausgenommen) Rente aus der Sozialversicherung, auch wenn sie nie eingezahlt haben. Somit hat Frau Nahles Kinder zu einer Aufgabe der Arbeitnehmer festgelegt und keine gesellschaftliche.

Pech haben die Mütter, die zwar lebenslang in die Rentenversicherung eingezahlt haben, aber leider mit einem Niedrig-

lohn auskommen mussten und nun eine Aufstockung zum Lebensunterhalt beantragen müssen. Diese bekommen zwar die Mütterrente, leider wird dieser Betrag aber von der Aufstockung abgezogen. Denjenigen, die dieses Geld am nötigsten brauchen, wird es also wieder abgezogen.

Nun kommt Herr Heil und möchte die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung einführen. Am Ende könnte es dann so aussehen, dass Menschen, die entweder durch Ihren Partner, eigene Wohnungen oder Erbschaften so abgesichert sind, dass sie keineswegs in Armut landen, von Menschen finanziert werden, die vielleicht 34 Jahre für einen Mindestlohn gearbeitet haben. Leider haben sie ein Jahr oder auch nur einen Monat zu wenig gearbeitet. Das ist soziale Gerechtigkeit im Sinne der SPD.

Wenn Heil jetzt den Verteidiger der Armen und Schwachen mimt, ist er in meinen Augen einfach unglaublich.

Andrea Zech, Offenbach

Eine gründliche Revision ist nötig

CO₂: „Britten gehen voran“, FR-Wirtschaft vom 14. Juni

Leider reiht sich Ihr Beitrag bruchlos in die Reihe ähnlicher „Analysen“ ein, die wortreich darstellen, welche Länder beim Klimaschutz angeblich erfolgreicher sind und dass es in dieser Hinsicht in Deutschland „happert“, weil die Bundesregierung wirksame Maßnahmen noch nicht beschlossen habe. Angesichts solcher gebetsmühlenartig vorgetragener Wiederholungen wäre es ratsam, einmal die tieferen Ursachen auszuleuchten, derentwegen Deutschland beim Klimaschutz im Hintertreffen ist.

Bekanntlich hatte das wiedervereinigte Deutschland im Jahre 1990 – dem Basisjahr für die im Pariser Klimaschutzabkommen definierten Reduktionsziele – 79,1 Millionen Einwohner. Im Jahre 2017 waren es bereits 82,7, also 3,6 Millionen

mehr: All diese Menschen wollen wohnen, ihre Wohnungen beheizen und auch Auto fahren (allein der PKW-Bestand wuchs von 41,2 Millionen im Jahre 2007 – dem Jahr der letzten Beitritts-welle in die EU – auf 45,8 Millionen im Jahre 2017). All diese Entwicklungen sind CO₂-intensiv, und es liegt auf der Hand, dass der beschriebene Anstieg der Bevölkerungszahl eine Erreichung der Klimaschutzziele in immer weitere Ferne verschiebt.

Nun ist auf politischer Ebene des Öfteren der Vorschlag zu hören, Deutschland könne im Notfall von EU-Ländern, die „erfolgreicher“ seien, Verschmutzungsrechte kaufen (so die Umweltministerin Svenja Schulze in Ihrem Bericht „Ministerin wirbt“ in der FR vom 14. Mai). In diesem Zusammenhang lohnt es sich allerdings, einen Blick auf die Zusam-

mensetzung der Bevölkerung zu werfen: In den o.g. 82,7 Millionen Einwohnern sind nämlich 4,6 Millionen EU-Bürger enthalten – davon 2 Millionen aus den alten und 2,6 Millionen aus den „neuen“ Mitgliedstaaten. Dies bedeutet, dass der Zuzug aus der EU Deutschland klimatechnisch belastet, andere Mitgliedstaaten hingegen entlastet.

Und von solchen „erfolgreichen“ Mitgliedstaaten soll Deutschland dann die Verschmutzungsrechte kaufen – absurder geht es wohl nicht. Nach alledem wäre es dringend geboten, die demographischen Grundlagen der derzeit geltenden Klimaschutzziele sowie die entsprechenden Ausgleichsmechanismen innerhalb der EU einer gründlichen Revision zu unterziehen.

Harald Brecht, Hofheim a.Ts.

Rechte Umtriebe gedeihen prächtig

Zu: „Munitionsskandal wirft ein Licht auf rechte Umtriebe bei Polizei“, FR vom 14. Juni

In einer Demokratie hat der Staat, vertreten durch die Polizei, das Gewaltmonopol (Art 20 GG). Es handelt sich um einen sensiblen Kompromiss, um den Rechtsstaat zu schützen. Daher genügt nicht nur eine positive Haltung aller beteiligten Organe – selbstverständlich und gerade auch der politischen – zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sondern eine kontinuierliche Reflexion bezüglich Entscheidungen und Einsätzen ist gefragt. Wie oft treffen Politiker Entscheidungen, die Zweifel aufkommen lassen, was Neutralität anbelangt, und wie werden Polizisten zu Einsätzen abgeordnet, die nicht den Rechtsstaat schüt-

zen, sondern Besitz- und Machtverhältnisse? Die Zahl der zu Gärtnern gemachten Böcken beim Verfassungsschutz lässt sich nur erahnen, da die Kontrolle von politischer Seite zu wünschen übrig lässt.

Eine solche Gemengelage bietet rechten Umtrieben ein hervorragendes Forum. In diesem Sumpf gedeihen sie prächtig. In meiner Arbeit als Supervisor erfahre ich immer wieder, wie sehr Menschen von Affekten geleitet sind. Gerade in Berufsgruppen wie der Polizei kann dies zum Problem werden, und es hilft wenig, diese unterdrücken oder verleugnen zu wollen. Kontinuierliche Reflexion eigener Haltungen

und Handlungen und regelmäßige Konfliktgespräche unterstützen die Bürger in Uniform gründlicher. Gerade Spezialeinheiten sollten dies in Anspruch nehmen, damit ihnen ihre besondere Berufssituation und -rolle nicht zu Kopfe steigt, denn die Gefahr, sich einzubilden, ein Staat im Staate zu sein, ist in dieser besonderen Position nur allzu verführerisch. Indem ein Staat seine Bürger zunehmend benutzt und erwartet, sie oder er funktioniere, um politische Ziele einem fragwürdigen Wirtschaftssystem zu opfern, um so mehr wird die Forderung nach einem mündigen Bürger in Uniform zur Worthülse.

Robert Maxeiner, Frankfurt